Fadegrad

von
Roland Scheck

Die Schuldfrage

Als Flüchtling gilt nach der Genfer Konvention eine Person, die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich ausserhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will. Hingegen werden wirtschaftliche Not, Naturkatastrophen oder Armut nicht als Fluchtgründe im Sinne des internationalen Asylrechts anerkannt.

Das ist die Theorie, die Praxis zeigt jedoch, dass das Asylrecht eben genau zu wirtschaftlichen Zwecken missbraucht wird. Hinter den Asylanträgen steht mehrheitlich der Versuch zur Erlangung eines besseren Lebens, was sich auch in den tiefen Anerkennungsquoten widerspiegelt. Alle wissen es, aber der politischen Korrektheit halber wird nichts dagegen getan. Das wissen auch die Asylsuchenden. Die meisten können trotzdem bleiben und auf unsere Kosten leben oder tauchen einfach ab. Selbst als Sans-Papiers wissen sie, dass sie trotz Zuwiderhandlung gegen das Ausländergesetz unbehelligt bleiben und staatliche Leistungen in Anspruch nehmen können.

Als würden diese Tatsachen den Blutdruck des rechtschaffenen Bürgers nicht schon genug hochschnellen lassen, gibt es noch weitere Auswüchse. So dürfen Flüchtlinge doch tatsächlich Reisen ins Ausland unternehmen. Auch in ihr Heimatland, wo sie angeblich verfolgt werden. Dazu braucht es lediglich ein Gesuch beim Staatssekretariat für Migration. In den Jahren 2010 bis 2014 wurden 45080 Gesuche von Flüchtlingen und Schriftenlosen für Auslandreisen gutgeheissen. Bei den vorläufig Aufgenommenen und den Asylsuchenden wurden 16 812 Begehren bewilligt. Der Schweizer Steuerzahler wünscht einen Happy Trip.

An der Kalkbreitestrasse 8 betreibt die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich eine Beratungsstelle mit Sprechstunden. Hier könnte die Polizei mit geringstem Aufwand Personen festnehmen, die gegen das Ausländergesetz verstossen. Aber sie tut es nicht. Absichtlich. Dies ganz im Sinne der SP-Stadtpräsidentin Corinne Mauch, die anlässlich einer Gemeinderatsdebatte erklärte, dass die illegal im Lande verweilenden Ausländer ohne solche Beratungsstellen Angst haben müssten, entdeckt zu werden.

Wer trägt nun die Schuld an diesen Missständen? Den Wirtschaftsflüchtlingen selbst ist kein Vorwurf zu machen. Sie nutzen einfach unsere grenzenlose Naivität aus. Sind die gutmenschlichen Politiker schuld? Auch nicht, denn sie sind ja nur in der Politik, weil sie gewählt wurden. Alles, was in unserem Land geschieht, ist direkt oder indirekt demokratisch legitimiert. Rund 70 Prozent der Bevölkerung – dies ist der Anteil der nicht-SVP-Wähler – will diese Zustände. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet, dass man uns auf der Nase herumtanzt. Ansonsten würde sie ja SVP wählen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Ali B.* oder Köbi C.*

Rücktritte, Fraktionserklärungen, Geschäfte zum TED und ein schleierhaftes Postulat, das neutrale Nationalitäten fordert. Verabschiedet wurden zahlreiche Ratsmitglieder, die neu im Kantonsrat amten werden. Nach den Würdigungen wurden die zahlreichen Fraktionserklärungen verlesen. Deren Inhalt, ein weiteres Asylzentrum im Kreis 5. Fraktionschef Mauro Tuena teilte entschieden und unmissverständlich mit: «Die SVP wird dieses Projekt mit aller Härte bekämpfen und die verfehlte Asylpolitik des Bundes aufzeigen!»

Martin Götzl
Gemeinderat SVP
Zürich

Roland Scheck verlässt bedauerlicherweise die Gemeinderatsfraktion, am 27.05.2015 amtete er das letzte Mal als Gemeinderat. Infolge Kapazität und Priorität wird er künftig sein politisches Engagement vollumfänglich im Kantonsrat ausführen, dort als Vize-Fraktionspräsident. Bedauerlicherweise, sein Engagement und seine Voten werde ich missen! Seine Stimme gehörte mit zu den aussagekräftigsten Tönen der Polit-Klaviatur im Zürcher Gemeinde-Rathaus. Seine Argumente waren jederzeit sattelfest und hatten grosse Überzeugungskraft. Besten Dank Roland und weiterhin viel Engagement und Erfolg. Nachfolgen aus dem Kreis 3 wird Derek Richter, herzlich Willkommen in der Fraktion und im Rat.

Ausser Spesen – nichts gewesen!
Gleich in zwei Postulaten GR. Nr.2015/108 und - /109 fordern Initianten der SP, dass der Bevölkerung Recycling-Elektro-Geräte zugänglich gemacht werden sollen. Die Stadt Zürich soll zusätzliche Räume einrichten. Dies für nicht mehr gebrauchte elektr. Haushaltsgeräte der Bevölkerung. Interessenten/-innen können diese Artikel dann kostenlos übernehmen. Bei Nichtabholung hat das ERZ die Aufgabe, diese Artikel fachgerecht zu entsorgen. Die Begründung der Initianten: Durch Verringerung der Schwarzentsorgung kann der administrative Aufwand der Stadt reduziert werden. Dies, so die Initianten, zum Wohle aller Bewohner/-innen. Welchen zusätzlichen Aufwand diese Forderung generieren wird, bleibt von den Initianten unbedacht und unbeantwortet. Wie auch folgende Aspekte: Möchte man hiermit die Brockenstuben, die in allen Quartieren dieser Stadt hervorragenden Dienst leisten, vom Markt verdrängen? Oder möchte man die boomenden Online-Auktionshäuser wie Ricardo oder Ebay torpedieren? Postulanten, solche Beschäftigungstherapien bringen keinen Mehrwert! Zeitgerecht ist: Fünfminütiger Zeitaufwand im Internet, um den nicht mehr verwendeten Artikel auszuschreiben, gratis abzugeben! Ein freudiger Wiederverwerter holt den Artikel ab und nutzt diesen weiter. Infolge ausgedehnter Debatten werden diese beiden, für den 27.05.2015 traktandierten Postulate erst in einer nächsten Ratssitzung behandelt.

Ali B.* oder Köbi C.* – Informationen unter den Teppich wischen!
Bald sollen Delikte von Gewalt- und Straftätern in den Pressemitteilungen der Stadt Zürich staatenlos resp. nationalitätsneutral sein, so eine groteske Forderung im Postulat GR.Nr.2015/137. Die Bürger/-innen sollen künftig in Pressemitteilungen nicht mehr informiert sein über die Nationalität eines Straftäters. In einer heutigen Pressemitteilung der Justiz kann die Nationalität eines Straftäters transparent sein. Sein Name wird symbolisch abgeändert, dies zum Wohle und Schutze dieser Person. Die Postulanten wollen nun künftig verhindern, dass die Öffentlichkeit die Nationalität eines Straftäters kennt. Zumindest und lediglich in den jährlichen Statistiken darf die Nationalität wahrheitsgetreu aufgeführt sein, so die Initianten. Dieses Postulat wird von Exponenten aller Ratslinken bis hin zur GLP unterstützt. Eingereicht am 20.05.15, als ausstehendes Traktandum. Bis zur Debatte im Rat bleibt den Initianten eine innere Genugtuung, soeben die Welt verbessert zu haben. Frei nach dem Motto: Ungleich ist gleich. Gleich ist gleicher. Lappland gleich Bündnerland. Mittelmeer gleich Heidisee. Kap der guten Hoffnung gleich Landiwiese. Ali B.* gleich Ueli C.*. Oder im Sinne der Gleichberechtigung vielleicht gar Susi D.*.

** frei gewählte Namen, ohne weitere Bedeutung*

Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

VORLAGEN STADT ZÜRICH

1. Neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach, Quartier Riesbach, mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof, Objektkredit von 100,7 Millionen Franken	NEIN
2. A. «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) B. Gegenvorschlag des Gemeinderats C. Stichfrage	NEIN NEIN Vorlage B
3. «Zürich im Landesmuseum», permanente Ausstellung über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit von 1,76 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge von 300000 Franken für die Jahre 2016–2019	NEIN
4. Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit von 33,6 Millionen Franken	NEIN

SVP lehnt Asylzentrum mitten im Kreis 5 ab

Wie am Dienstag angekündigt, plant die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton Zürich und dem Bund, mitten im aufstrebenden Stadtkreis 5 ein Bundesasylzentrum für 360 Bewohner einzurichten. Die SVP lehnt diesen Plan konsequent ab.

Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionschef SVP
Zürich 10

Der Kreis 5 ist längst kein peripheres Industriequartier mehr. Viele Familien mit Kindern wohnen im Quartier, tausende Jugendliche besuchen die Kaufmännische Schule, zehntausende vergnügen sich im Ausgang. Ein Zentrum mitten in einem boomenden Quartier einzurichten, ist nicht durchdacht, ja gar fahrlässig und falsch. Asylzentren gehören in Randregionen, in welchen sonst keine Personen leben.

Nachforschungen haben ergeben, dass Einbrüche und Ladendiebstähle in der Umgebung von Asylunterkünften markant zunehmen. Trotz des Widerstandes der örtlichen Bevölkerung ignorierte die Stadtzürcher Regierung die vorhandenen Ängste der Bewohner und Gewerbetreibenden und entschied sich für diesen wohl ungeeignetsten Standort im Kreis 5. Was kümmert den Stadtrat schon das Wohlbefinden der Bevölkerung und des Gewerbes? Für den gefällten Entscheid hat die SVP kein Verständnis. Es bleibt der Verdacht, dass unsere Exekutive diesen Standort beim Bund geradezu puschte, damit die stadteigene Asyl-Organisation Zürich (AOZ) so zu einem für sie sehr lukrativen Betreuungsauftrag des Bundes kommt. Die Vergabe des Grossauftrages ist undurchsichtig und wirft viele Fragen auf. Private Firmen blieben auf der Strecke.

Da die Baukosten zur Erstellung der Asylunterkunft den Betrag von 20 Millionen Franken übersteigen, hat die städtische Bevölkerung die Möglichkeit, über das Asylzentrum an der Urne zu entscheiden. Die SVP wird dieses Projekt entschieden bekämpfen und im Abstimmungskampf zudem erneut die verfehlte Asylpolitik des Bundes aufzeigen. Die SVP setzt sich ein für die Bevölkerung und das Gewerbe – auch im Kreis 5.

VOLKSABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2015

«Wohnsiedlung Hornbach» – Gleichheit heisst nicht gleichmachen

«Liberté, Egalité, Fraternité» lautete der bis heute berühmte Leitspruch der Französischen Revolution. Auf Deutsch: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Roger Liebi
Kantonsrat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Frankreich war bis ins späte 18. Jahrhundert von einer absolutistischen Herrschaft seiner Könige und den Pfründen seines Hofstaates geprägt. Da kamen die hohe Staatsverschuldung der Monarchie und die wirtschaftliche Depression gerade recht, um sich mit Vehemenz und auch sehr blutig gegen diese Staatsform aufzulehnen.

Keine Gleichmacherei
Ziel der Revolutionäre, die aus völlig verschiedenen Bildungs- und Sozialschichten stammten, war allerdings nicht Gleichmacherei, sondern vielmehr ein freies, von Einzelherrschern unabhängiges Leben führen zu können, nicht mehr mit Steuern und Pfründen die Verschwendungssucht der Könige mitfinanzieren zu müssen, und ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Nation zu geben, in welcher jedermann gleichermassen respektiert wird.

Daraus geht klar hervor, dass der Begriff Egalité eben nicht mit gleichmachen übersetzt oder verwechselt werden darf. Gleichheit heisst gleich vor dem Gesetz, gleiche Chancen, gleiche Ausgangslage, usw.

Die deutschen Sozialdemokraten deuten den Begriff als «Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität». Das ist aus meiner Sicht sehr zeitgemäss übersetzt, wenn auch die Begründung für das Ersetzen von «Brüderlichkeit» durch «Solidarität» einmal mehr sehr fragwürdig ist: Man fand keine geeignete Form, um den männlich geprägten Begriff «Brüderlichkeit» zu verweiblichen und kam dann halt auf «Solidarität».

Versprechungen nach sozialistischem Muster
Was hingegen die Schweizer Linken in den letzten Jahren starteten, hat genau nichts mit Gerechtigkeit zu tun, denn so viel ein Zweiklassensystem ungerecht ist, ist auch Gleichmacherei ungerecht: Gleichmachen belohnt Leistung nicht oder sehr unterschiedlich, Gleichmachen führt zu nicht zu befriedigenden Anspruchshaltungen, Gleichmacherei unterdrückt den Einzelnen (das Individuum), Gleichmacherei führt zu Verboten, Einschränkungen und damit nicht zuletzt zu Unfreiheit. Musterbeispiel für versuchte Gleichmacherei sind die Wohnbau-Versprechungen und -Vorlagen der linken Parteien, eigentlich schon nach sozialistischem Muster.

Steuergelder für Wohnbauirrsinn
Man verspricht der gesamten Bevölkerung billigeren Wohnraum, im Wissen (ex Finanzvorstand Vollenwyder wurde dazu noch in seiner Amtszeit sehr deutlich), dass nur einige Ausgewählte davon profitieren können. Die Mittel zu diesem Wohnbauirrsinn – woher der Nachfrageüberhang kommt, wird natürlich immer weggelassen (Zuwanderung) – stammen natürlich aus Steuergeldern. Das führt zu der eigenartigen Situation, dass diejenigen Menschen, welche günstigere, vom Staat direkt oder indirekt (via zu tiefem Landwert, Baurechte, usw.) subventionierte Wohnungen wünschen, auch gleich selber dafür bezahlen müssen …! Und noch viel eklatanter, wenn nicht sogar seldwylamässig erscheint in diesem Zusammenhang die geplante Wohnsiedlung Hornbach. Um allen Menschen in der Stadt Zürich zu beweisen, wie sozial die Stadt und die Linken sind, wird eine Wohnüberbauung mit Luxuswohnungen für ein paar ausgesuchte Wenige gebaut. Oder anders gesagt: Von 400000 Einwohnern können wohl nicht mal 150 dort wohnen.

Sie dürfen allerdings für das Glück der Auserwählten munter mitzahlen.

Rot-grüne Bauernfängerei
Das hat nichts mehr mit Gerechtigkeit, nichts mehr mit Gleichheit, nichts mehr mit Solidarität zu tun, sondern mit rot-grüner Bauernfängerei. Vielmehr hätte man nämlich das Geld, das aus dem Verkauf des teuren Landes hätte erzielt werden können, in Projekte investiert, die unmittelbar Bedürftigen und älteren Menschen zu Gute kommen.

Die SVP sagt deshalb Nein zur «Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach».